Schwarzwälder Tageszeitung aus den Tannen

Nummer 100 | Altensteig, Donnerstag den 1. Mai 1930 | 53. Jahrgang

Parteienkrise

Die deutschnationale Fraktionsmehrheit gegen Hugenberg

Berlin, 29. April. Die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird sich am Donnerstag abend unter dem Vorsitz von Graf **Westarp** in einer **Sondersitzung mit der Entschließung des deutschnationalen Parteivorstandes beschäftigen.** In der Einladung, die Graf Westarp zu dieser Sitzung hat ergehen lassen, nennt er die Entschließung des deutschnationalen Parteivorstandes u. a. einen **„unzulässigen Eingriff in die Freiheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion".** Wie die deutschnationale Fraktionsmehrheit im einzelnen vorgehen wird, soll am Donnerstag abend entschieden werden. Die Frage, ob der **Bruch mit Hugenberg schon jetzt erfolgen soll,** wird, wie der „Vorwärts" wissen will, in maßgebenden deutschnationalen Kreisen in dem Sinne als entschieden betrachtet, daß 31 deutschnationale Abgeordnete die deutschnationale Reichstagsfraktion am 1. Mai unter Einspruch verlassen werden.

In einer Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung" „von unterrichteter Seite" heißt es: Wir glauben richtig unterrichtet zu sein, daß die **Fraktionsmehrheit** sich dem Beschluß des Parteivorstandes **nicht fügen wird.** Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat zu viel selbständige Persönlichkeiten, und die Dinge sind viel zu weit fortgeschritten, als daß mit einer Duldung derartiger Herausforderungen zu rechnen wäre. Dazu sind auch die Kräfte zu stark, die hinter der Fraktionsmehrheit stehen.

*

Bei der Demokratie

Zu der Begründung, die der **Reichstagsabgeordnete Tantzen,** der frühere oldenburgische Ministerpräsident, seiner **Mandatsniederlegung** und dem Austritt aus der Demokratischen Partei gegeben hat, daß sie nicht eine rückschrittliche volksfeindliche Politik verhindert und sich nicht einer großagrarischen Subventionspolitik entgegengestellt habe, veröffentlicht der Demokratische Zeitungsdienst **eine Entgegnung,** worin es heißt, Tantzens Angriffe auf die Agrarpolitik des Ministers Dietrich fänden in den tatsächlichen Vorgängen und noch weniger in der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft irgend eine Begründung. Daß ein Land wie Deutschland die Körnererzeugung nicht einfach zugrunde gehen lassen könne, sei selbst den rücksichtslosesten Verbrauchervertretern klar geworden. Dabei sei es Dietrich gelungen, das geforderte Monopol für sämtliche Getreide- und Futtermittel zu Fall zu bringen. Ganz unverantwortlich aber sei es, die Subventionspolitik zugunsten der ostelbischen Großbetriebe der Demokratischen Partei in die Schuhe zu schieben, denn gerade die Ablehnung dieser Politik durch den Minister und die Fraktion sei es, wogegen vom Landbund am heftigsten Sturm gelaufen werde.

*

Jungdemokraten fordern Dr. Dietrichs Rücktritt

Auf der Tagung der Führer der rheinischen Jungdemokraten in Köln wurde eine **Entschließung** gefaßt, die sich **scharf gegen jede Fusion mit der Volkspartei oder der Wirtschaftspartei wendet.** Eine Auflösung der Demokratischen Partei könne nur in Frage kommen, wenn es gelänge, eine große **Sozial-Republikanische Partei** zu schaffen. Da im Augenblick eine solche Möglichkeit nicht gegeben erscheine, müßte man fest an der Demokratischen Partei halten, an deren organisatorischer und geistiger Erneuerung die Jungdemokraten auch weiterhin mitarbeiten müßten. **Die Entschließung verlangt dann noch den Rücktritt des Ministers Dietrich aus dem Kabinett Brüning,** da es unvereinbar mit den Grundsätzen der Partei sei, daß einer ihrer führenden Männer in einer ausgesprochenen Rechtsregierung sitze und für Maßnahmen mitverantwortlich unterzeichne, die untragbar erschienen.

Aufgaben des Reichstages

Vor Wiederzusammentritt des Reichstags

Berlin, 29. April. Nach der Osterpause tritt der Reichstag am Freitag dieser Woche wieder zusammen, um den Etat für 1930 in erster Lesung zu erledigen. Die Beratung beginnt mit einer **großen Rede des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer.** Nach Beendigung der Aussprache soll dann am Samstag der Etat dem Haushaltsausschuß überwiesen werden, der bereits am Montag seine Arbeiten beginnt. Das Reichstagsplenum wird sich am Samstag, um dem Ausschuß Zeit zu seiner Arbeit zu lassen, nochmals für eine Woche vertagen. — Bereits am Donnerstag hält der Reichsrat eine Sitzung ab.

Die neuen Steuergesetze

Berlin, 29. April. In den ersten Tagen nach seinem Wiederzusammentritt wird der Reichstag eine Reihe von Steuervorlagen zu verabschieden haben. Zunächst den „Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung zur Ergreifung von Steuermaßnahmen zum Zwecke der Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft", unter welcher umständlichen Bezeichnung die Ermächtigung zur **Senkung der Kapitalertragsteuer und der Verkehrssteuer** an die Reichsregierung zu verstehen ist. Der Entwurf wird am 1. Mai im Reichsrat behandelt werden. Außerdem wird dem Reichstag der zurzeit bereits im Steuerausschuß liegende Entwurf einer Uebergangsregelung zum **Finanzausgleich,** der Entwurf eines Gesetzes zur **Senkung der Einkommensteuer,** der kürzlich dem Reichsrat zugegangen ist, und der Entwurf eines Gesetzes zur Pauschalisierung der Verwaltungskostenzuschüsse beschäftigen.

Russische Note an Polen

Moskau, 29. April. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion erfährt, übergab der Sowjetgesandte in Warschau, Antonoff Owssejenko, am Montag im Auftrage der Sowjetregierung dem polnischen Außenminister Zaleski eine Note im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf die Sowjetgesandtschaft in Warschau.

In der Note lenkt die Sowjetregierung die Aufmerksamkeit der Regierung der polnischen Republik auf den Umstand, daß der Sprengstoffanschlag auf die Sowjetgesandtschaft in Warschau vom 26. April nur unter Bedingungen erfolgen konnte, die auf Grund der in der letzten Zeit verstärkten sowjetfeindlichen Tätigkeit gewisser Kreise in Polen und eines mit ihnen in Verbindung stehenden Teiles der polnischen Presse entstanden seien. Diese Tätigkeit habe zum Ziel, eine Lage zu schaffen, in der der **Abbruch der Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion** und die sich daraus ergebenden Folgen unvermeidlich wären. Der mißlungene terroristische Akt bedeute eine drohende Mahnung und veranlasse die Sowjetregierung, nochmals auf die außerordentliche Gefahr der Lage aufmerksam zu machen.

Der Geburtenrückgang

1975 nur noch 46 Millionen Einwohner in Deutschland

Der Rückgang der Geburtenzahl nimmt in der ganzen Welt erschreckende Dimensionen an. Nicht nur in Frankreich, wo die Volkssoziologen, Pamphletisten und Leitartikler schon seit Jahren einen erbitterten, aber aussichtslosen Kampf gegen den „Geburtenstreik" führen — auch in Deutschland sinkt ständig die Zahl der Geburten.

Noch im Jahre 1901 war die deutsche Familie kinderreich. Jede deutsche Ehe zählte durchschnittlich 4 Kinder, jetzt sind es nur zwei. Noch viel schlimmer ist es in Berlin: die deutsche Hauptstadt will auch in dieser Hinsicht dem „neuzeitlichen Babel" — Paris — auf keinen Fall nachstehen. Im Vergleich mit 1901, als auf jede Berliner Ehe im Durchschnitt mehr als zwei Kinder entfielen, ist Berlin heutzutage kinderarm geworden; weniger als ein Kind zählt jetzt der durchschnittliche Berliner Familienstand. Und sollte man die große Zahl der außerehelichen Kinder ausschalten, ergibt sich die erschreckend wirkende Tatsache, daß 60 Prozent aller in der Nachkriegszeit in Berlin geschlossenen Ehen kinderlos geblieben sind.

Berlin ist also auf dem besten Wege, das sogenannte „Kein-kindersystem" einzuführen und schlägt somit den Rekord unter allen Großstadtzentren der Welt. Leider bleibt der Rückgang der Geburten nicht auf die Reichshauptstadt beschränkt, sondern Großstädte im Reich eifern der 4-Millionenstadt an der Spree nach.

Trotz dieses auffallenden Rückganges der Geburten befindet sich die Bevölkerungszahl Deutschlands im Wachsen. Diese auf den ersten Blick unverständliche Tatsache erklärt sich dadurch, daß die Zahl der Eheschließungen in Deutschland in den Nachkriegsjahren rapide zugenommen hat. In einigen Jahren aber, wenn das im Kriege geborene, zahlenmäßig kleine Geschlecht das eheliche Alter erreichen wird, — wird die Zahl der Eheschließungen enorm abnehmen und die jetzige Kompensation des Geburtenrückganges durch die große Zahl der Neuehen somit ausfallen.

Es ergibt sich aus den neuesten statistischen Veröffentlichungen und Zusammenstellungen für Deutschland folgendes Bild: Bis zum Jahre 1935 — also noch fünf Jahre — wird die Bevölkerung Deutschlands in ihrer Gesamtzahl zunehmen. Dann wird im Laufe der weiteren fünf Jahre der Bevölkerungszuwachs aufhören und eine gewisse Stagnation eintreten, danach wird die Periode des Rückganges beginnen. Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß im Jahre 1975 Deutschland nur noch zirka 46 Millionen Einwohner zählen wird.

Was sind die Gründe dieses enormen Rückganges der Geburten, der nicht in Deutschland, sondern fast in der ganzen zivilisierten Welt seine Triumphe feiert? Nicht nur die Verschlechterung des allgemeinen Lebensstandards, die für die breiten Bevölkerungsschichten Deutschlands als Folge der Kriegs- und Inflationszeit kennzeichnend ist, wirkt auf die Verminderung der Kinderzahl. Auffallend ist, daß in reichen Ländern wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, auch in dem neutralen Schweden und Holland die Geburtenzahl in stetem Niedergang begriffen ist. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die reichen Leute im allgemeinen weniger Kinder als die armen in die Welt setzen.

Der „Geburtenstreik" ist eine Folge anderer, meist psychologischer Ursachen. Der heutige europäische Mensch ist individualistisch und materialistisch eingestellt. Er will sein Leben nicht mehr im Interesse des Königs, des Staates usw., sondern nur zum eigenen Nutzen und Genuß gestalten. Von den Auswirkungen des modernen Komforts haben heutzutage die breitesten Volksklassen Besitz ergriffen. Der neuzeitliche Massenmensch will auf keine sich ihm bietende Freude des Lebens zugunsten weiterer Kindergeburten verzichten. Noch krasser wie beim Manne kommt dieser unaufhaltsame Drang zur Hebung des materiellen Lebensniveaus bei der heutigen Frau zum Durchbruch. Abgesehen davon, daß die Frau heute durch die wirtschaftliche Not der Zeit gezwungen ist, sich beruflich zu betätigen und dadurch oft keine Möglichkeit hat, sich ihrer Ehe und ihren mütterlichen Pflichten zu widmen — wirkt das wachsende Verlangen der heutigen Frau nach allen materiellen, kulturellen und geistigen Genüssen der Welt auf das Bestehen des alten patriarchalischen Gebotes „mehret euch" geradezu verheerend. Das sind die Gründe des erschreckenden Geburtenrückganges.

Was sind dessen voraussichtliche Folgen? Ein Ueberaltern der Bevölkerung. Jugendliche Menschen, die die Kraft jedes Volkes darstellen, werden der Zahl nach in einem ungesunden Mißverhältnis zu den Aelteren stehen. Es hat sich noch immer gezeigt, daß bei den Nationen, die keinen natürlichen Bevölkerungszuwachs mehr haben, eine kulturelle Stagnation, ein wirtschaftlicher und politischer Niedergang eintrat. Geringe materielle Vorteile, wie das Verschwinden der Erwerbslosigkeit und der Wohnungsnot, werden durch ein Nachlassen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Produktionskraft aufgewogen. Alle diese Momente, die nur als Zeiterscheinungen zu werten sind, können nur durch die Gesundung der Wirtschaft und nicht auf Kosten der Bevölkerungszunahme überwunden werden.

Das Schwinden vieler hoher idealer Ziele, das Umsichgreifen und Weiteranwachsen von rein genießerischer Lebensart und Denkungsweise, die Herrschaft der rein materialistischen Kultur — ist das alles nicht ein zu hoher Preis für ein paar äußere Vorteile und Gewinne, die der Geburtenrückgang mit sich bringen kann.

M. A.

Zur Feuerschutzwoche

Die Organisation des Feuerlöschwesens in Württemberg

Von Landesfeuerlöschinspektor Oberbaurat Zimmermann.

Geldmittel hierfür, die staatliche Beaufsichtigung und das Verhalten der Gemeinde- und Aufsichtsbehörden bei Brandfällen ist heute in Württemberg geregelt durch die Landesfeuerlöschordnung vom 7. Juni 1885 und die Vollzugsverfügung zu derselben vom 31. März 1894, die seither in einigen Punkten ergänzt worden sind.

Zur staatlichen Förderung des Feuerlöschwesens besteht eine Zentralkasse, in welche die staatliche Gebäudebrandversicherungsanstalt 6 Prozent der Brandschadensumlage und die in Württemberg zum Geschäftsbetrieb zugelassenen Privatfeuerversicherungsgesellschaften je 4 Prozent der in Württemberg erzielten Bruttoeinnahmen aus Versicherungsprämien beizutragen haben. Aus dieser Kasse wird in erster Linie Feuerwehrleuten, oder von der Feuerwehr beigezogenen Personen, die infolge der Dienstleistung bei Brandfällen oder Uebungen verletzt werden oder erkranken, und wenn die Verletzung oder Erkrankung den Tod herbeiführte, den Hinterbliebenen derselben Schadensersatz gewährt. Die übrigen Mittel der Kasse werden zu Beiträgen an Gemeinden bei Ausrüstung von Feuerwehren, bei Herstellung von Feuerlöscheinrichtungen verwendet.

Die Gemeinden des Landes sind verpflichtet, die erforderlichen Einrichtungen für das Feuerlöschwesen zu treffen und zu unterhalten; in jeder Gemeinde muß eine Berufsfeuerwehr, freiw. Feuerwehr oder Pflichtfeuerwehr vorhanden sein. Zum Dienst in den beiden letzteren Arten von Feuerwehren, sind von bestimmten Ausnahmen abgesehen, alle männlichen Einwohner vom 18. bis 50. Lebensjahr verpflichtet.

Die Aufsicht über die Feuerwehren steht dem Innenministerium, der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung und den Oberämtern zu.

Der Landesfeuerlöschinspektor, der das Innenministerium und die Kollegialbehörden zu beraten hat und auch den Unterricht über Feuerlöschwesen an der Höheren Bauschule erteilt, hat die technische Oberaufsicht über das gesamte Feuerlöschwesen des Landes zu führen.

Das Amt des Feuerlöschinspektors bekleideten: Großmann vom Jahr 1872 bis zum Jahr 1891, Kleber vom Jahr 1891 bis zum Jahr 1901, Gmelin vom Jahr 1901 bis zum Jahr 1909, Zimmermann seit dem Jahr 1909.

In Württemberg mit seinen 2 580 235 Einwohnern und 1883 Gemeinden bestehen 1957 **organisierte Feuerwehren,** darunter ist nur 1 Berufsfeuerwehr, nämlich in Stuttgart, 485 freiwillige Feuerwehren, 1471 Pflichtfeuerwehren.

Beinahe sämtliche Feuerwehren des Landes gehören dem Württ. Landesfeuerwehrverband an. Die Berufsfeuerwehr in Stuttgart wurde in einer Stärke von 31 Mann im Jahr 1891 ins Leben gerufen. Heute wird der Feuerwehrdienst in Stuttgart durch 135 auf 3 Wachen verteilte Berufsfeuerwehrleute unter der vorbildlichen Leitung von Branddirektor Müller, dem 3 Brandingenieure zur Seite stehen, versehen. Zur Unterstützung der Berufsfeuerwehr ist für den eigentlichen Stadtbezirk noch 1 Reservefeuerwehr vorhanden, während der Feuerwehrdienst in den Vororten durch freiw. Feuerwehren geschieht.

Den Berufsfeuerwehren am nächsten stehen die **Freiw. Feuerwehren mit Weckerlinie.** Eine solche Weckerlinie auch Löschzug genannt, besteht aus einer Abteilung von mindestens 25 ihrem bürgerlichen Beruf im Wohnort ausübende Feuerwehrleuten. Die Alarmierung der Weckerlinienmannschaft geschieht durch elektrische Feuermelder und Weckerglocken, die durch eine elektrische Anleitung mit der Feuerwache (Polizeiwache) verbunden sind. Solche Weckerlinien, die in den größeren Städten des Landes mit ebenso leistungsfähigen Geräten ausgerüstet sind, wie die Berufsfeuerwehr Stuttgart und deren Angehörige nach Art der Berufsfeuerwehrleute als Einzelfeuerwehrleute, d. h. an allen Geräten gleichmäßig ausgebildet sind, haben wir in Württemberg in insgesamt 78 Gemeinden. Bei Brandfällen von größerer Ausdehnung wird nicht nur die Weckerlinie, sondern auch die Gesamtfeuerwehr durch Glockengeläute oder Sirenen und ähnliche Einrichtungen alarmiert.

Für die Feuerwehren des Landes sind mindestens 4 Uebungen im Jahr (Steiger und Schlauchleger je 6) vorgeschrieben, die Weckerlinien machen jedoch im allgemeinen nicht unter 12 Uebungen im Jahr.

Der Unterschied zwischen einer freiw. Feuerwehr, die sich durch den Zusammentritt dienstbereiter Bürger bildet und einer Pflichtfeuerwehr, die kraft Gesetzes durch behördliche Anordnung aufgestellt wird, besteht darin, daß in der freiw. Feuerwehr der Kommandant die Strafgewalt hat, während sie in der Pflichtfeuerwehr der Ortsvorsteher ausübt, daß bei der freiw. Feuerwehr gegen Bezahlung der festgesetzten Abgabe jeder vom Feuerwehrdienst befreit werden muß, während er in der Pflichtfeuerwehr gegen Bezahlung einer Abgabe nur dann wenn genügend Feuerwehrpflichtige vorhanden sind, befreit werden kann.

Während vor dem Krieg in Württemberg außer 2 automobilen Motorspritzen keine automobilen Feuerlöschgeräte vorhanden waren, sind heute 10 automobile Großmotorspritzen, 50 nicht-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

automobile Großmotorspritzen, 45 Kleinmotorspritzen eingeführt, außerdem stehen noch als Reserve eine Anzahl der als Kraftspritzen früher eingeführten Dampfspritzen zur Verfügung. 21 Weckerlinien der größeren Städte des Landes sind auch wie die Berufsfeuerwehr Stuttgart mit automobilen Drehleitern ausgerüstet.

Die gute Organisation und Ausrüstung der württ. Feuerwehren konnte nur infolge der großzügigen Unterstützung der Gemeinden und Feuerwehren durch die Zentralkasse zur Förderung des Feuerlöschwesens bei Herstellung von Wasserleitungen, Feuermelde- und Alarmanlagen und sonstigen Feuerlöscheinrichtungen sowie bei der Beschaffung von Geräten und Ausrüstungsgegenständen erreicht werden. Seit dem Jahre 1924 sind es jährlich rund 1 000 000 Mark, die jedes Jahr von der Zentralkasse für Unterstützung verunglückter Feuerwehrleute und ihrer Hinterbliebenen und für Beiträge an Gemeinden und Feuerwehren aufgewendet werden.

Tagung des ev. Elternbundes

Bielefeld, 25. April. Unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches und aus den Grenzgebieten wurde heute in Bielefeld der Reichselterntag eröffnet. Senatspräsident **Radtke** begrüßte die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und streifte die schulpolitischen Fragen. Generalsuperintendent Dr. **Zöllner** überbrachte die Grüße der deutschen evangelischen Kirchen, die Sprecher der staatlichen Behörden bekundeten das Interesse des Staates an der sittlichen und religiösen Erziehung der Jugend. Den Festvortrag über das Thema „Familie und Volk" hielt der frühere badische Staatspräsident Professor Dr. **Hellpach**. Der Redner bekannte sich grundsätzlich zu der Unlöslichkeit der Ehe. Zwar kenne das evangelische Christentum nicht die sakramentale Ehe, aber seine sittlichen Forderungen seien darum nicht laxer. Allerdings dürfte die Kirche gegenüber der Auflösung aller sittlichen Normen sich nicht starr an die bisher geltenden Konventionen klammern. Unantastbar sei auch heute noch die Lebenslänglichkeit der Ehe und die Unverletzbarkeit der Leibesfrucht. Professor Hellpach polemisierte in diesem Zusammenhang sehr scharf gegen die Probe- und Kameradschaftsehe. Beim Kampfe gegen den Paragraphen 218 handle es sich um den Anfang eines großen Rationalisierungsprozesses der modernen Kultur, an dem die Kirche nicht tatenlos vorübergehen dürfe. Zum Schluß wandte sich der Redner nochmals eindringlich an die Eltern. Ein bloßer äußerlicher Konservatismus sei unfähig, die überall Neues anbahnende Entwicklung zu meistern. Ein auf sittliche Verantwortung sich gründendes Christentum sei dagegen Vorbedingung für die Reform der Familie im heutigen Staate. Ueber die Reform dieses Staates Entscheidungen zu treffen, sei nicht Sache der Kirche.

Bilder vom Lebensstand des deutschen Volkes

ep. — Vor wenigen Tagen ist in Stuttgart eine wertvolle Ausstellung „Deutschlands Not und Lebenswille" zu Ende gegangen, deren graphische und plastische Darstellungen einen lehrreichen, vielfach erschütternden Einblick in das Leben eines großen Volkes gaben, das aus tausend Wunden blutend um sein Dasein ringt. Gleich beim Eintritt in den ersten Saal lenkte ein sinnig eingerichteter Apparat, der immer wieder nach bestimmten Zeiten Glockenschläge in verschiedenen Klangfarben ertönen ließ, die Aufmerksamkeit auf sich. Wenn man so will, sang er das Lied vom ewigen Leben und Sterben des Volkes: alle 26 Sekunden meldete ein helles Glockenzeichen, daß irgendwo im deutschen Vaterland ein Kind zur Welt gekommen ist. Alle 42 Sekunden kündigte ein dumpfer Klang an, daß der Tod sich ein Opfer geholt hat. Alle 58 Sekunden schließt ein junges Paar den Bund fürs Leben.

Oder ein paar andere Zahlen: das durchschnittliche Lebensalter jeder Frau betrug vor dem Krieg 51 Jahre, das des Mannes 47 Jahre. Nach dem Kriege steigerte es sich bei der Frau auf 59, beim Mann auf 56 Jahre. Das durchschnittliche Heiratsalter beträgt bei der Frau 25, beim Mann 27 Jahre. Vor dem Krieg umfaßte jede Haushaltung durchschnittlich 5,5 Personen, nach dem Krieg 4; eine Folge der sinkenden Geburtenzahl. Von 12,7 Millionen Ehen wird jede 353. geschieden. Jede 12. Haushaltung ist ohne Wohnung, Vor dem Krieg war jede 4., heute jede 3. Frau berufstätig. Diese Steigerung der weiblichen Erwerbstätigkeit erklärt zu einem guten Teil die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes. Vor dem Krieg war jeder 5. Deutsche ein Großstädter, nach dem Krieg jeder 4. Vor dem Krieg verbrauchte jeder Deutsche im Jahr für 42 Mark ausländische Industriewaren; nach dem dem Kreig gab er 66 bezw. 39 Mark dafür aus, Vor dem Krieg war jeder 114. Deutsche ein Rechtsbrecher, heute jeder 106. Jeder 27. Deutsche besitzt einen Rundfunkempfang, jeder 7. ist ein Hörer. Jeder 9. Deutsche ist sportlich, jeder 10. gewerkschaftlich organisiert, jeder 134. ist Autobesitzer (in Amerika dagegen jeder 5., in England jeder 38., in Frankreich jeder 43.). Jeder Deutsche verdient heute durchschnittlich einen Jahreslohn von 948 Mark, dagegen jeder Nordamerikaner einen solchen von 3125 Mark. Noch schärfer tritt unsere Armut zu Tage, wenn man bedenkt, daß von dieser kümmerlichen Summe im Jahr 1927 22 Prozent von der öffentlichen Hand weggesteuert wurden, während der Amerikaner nur 8 Prozent abgeben muß. Wir bezahlen 211 Mark pro Kopf jährlich an Steuern, der Franzose 179, der Belgier 117, der Spanier 91, der Italiener 87 Mark. Gegenüber der Vorkriegszeit ist unsere Steuerlast um beinahe das 2,5fache gestiegen.

Die Parteien im Reichstag

Aus Anlaß des letzten Regierungswechsels im Reiche sind in der Presse wiederholt Betrachtungen über die Mehrheitsverhältnisse im Parlament des Reiches und über den Anteil der Parteien an den Mandaten gemacht worden. Um unseren Lesern die Möglichkeit zu geben, die verschiedenen Parteikombinationen und -koalitionen zahlenmäßig nachprüfen zu können, geben wir hierunter eine Zusammenstellung der Fraktionen und Parteigruppen im Reichstag.

Im Reichstag verfügen die einzelnen Fraktionen und Gruppen nach dem Stande vom 9. April 1930 über die folgende Mandatzahl:

Sozialdemokratie	152
Deutschnationale	64
Zentrum	61
Kommunisten	54
Deutsche Volkspartei	45
Demokraten	25
Wirtschaftspartei	23
Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft	22
Bayerische Volkspartei	17
Nationalsozialisten	12
Deutsche Bauernpartei	8
Deutsch-Hannoversche Partei	4
Volksrechtspartei	2
Bei keiner Partei	3
Zusammen	491

Die Christlich-Nationale Arbeitsgemeinschaft gliedert sich in: 1. Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei mit 10 Mitgliedern, 2. Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft mit 12 Mitgliedern. Diese ihrerseits besteht aus Volkskonservativen (8 Mitglieder) und aus dem Christlich-Sozialen Volksdienst (4 Mitglieder).

Der Zeitungsleser und das Inserat

Von Hans Kurt Rose,
vorm. Generalsekretär des Verbandes Deutscher Reklamefachleute E. V.

Liebt der Leser die Inserate? Liest er sie überhaupt? Hat er Nutzen von ihnen? Der objektive und sachverständige Beurteiler wird die erste Frage mit starker Einschränkung, die zweite im allgemeinen und die dritte rückhaltlos bejahen müssen. Es wäre töricht, zu behaupten, daß die große Mehrzahl der Zeitungsleser eine besondere Freude an den Anzeigen hätte. Man erwirbt und liest eine Zeitung oder Zeitschrift natürlich in erster Linie des redaktionellen Teils wegen. Und doch kann schon hier eine wichtige Feststellung gemacht werden. Die meisten Frauen schätzen an der Zeitung wesentlich drei Dinge: den Roman, die Familiennachrichten — und den Inseratenteil. Warum sie den Anzeigen einen wesentlichen Teil ihrer Gunst zuwenden, werden wir noch sehen. Man darf dieses Interesse der Frau an den Inseraten nicht unterschätzen, weil ein sehr großer Teil der Kaufleute gerade auf die Frau als Kundin angewiesen ist. Der Mann kauft in erster Linie als Geschäftsmann, als Wiederverkäufer; er kauft wohl auch seine Kleidung, seine Zigarren und Zigaretten, vielleicht auch Getränke; aber hier beginnt schon das Betätigungsfeld der Frau, die doch den täglichen und laufenden Einkauf für Haus und Küche in der Regel besorgt — oder durch (meist wieder weibliche) Dienstboten besorgen läßt. Ganz abgesehen von Damenkleidung, Putz und Modewaren, Artikeln zur Schönheitspflege usw., ist die Zahl der Dinge und Waren, die eigentlich nur die Frau und höchst selten der Mann kauft, unermeßlich. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die Frau den Inseraten ein besonderes Interesse entgegenbringt, besonders die sparsam veranlagte Frau, die ja erfreulicherweise in Deutschland in der großen Mehrzahl ist. Und wenn die Leserin auch nicht zugeben wird, daß sie die Inserate liebt, so wäre sie doch bestimmt sehr enttäuscht, wenn sie eines Tages eine Zeitung ganz ohne Anzeigen in die Hände bekäme. Es ist eben „eine heimliche Liebe, von der (wirklich) niemand weiß". Und auch ein sehr wesentlicher Teil der männlichen Leser schätzt den Anzeigenteil höher, als man gemeinhin glaubt und zugibt. Je mehr der Leser oder die Leserin geistig regsam ist, desto mehr Interessantes werden sie in den Inseraten finden. Ja, es gibt sehr intelligente und tiefgründige Menschen, denen der Inseratenteil eine Fundgrube immer neuer Beiträge zur Menschenkenntnis und zur Ergänzung des Lebens- und Zeitbildes geworden ist. Es ist keine übertriebene Behauptung, wenn man sagt, daß man sich aus dem Anzeigenteil der Zeitungen allein einen klaren Begriff von der kulturellen, moralischen, wirtschaftlichen (ja sogar z. T. der politischen) Einstellung des Leserkreises bilden kann.

Die Frage, ob die Inserate gelesen werden, ist ja mit diesen Betrachtungen eigentlich schon beantwortet und bejaht. Und doch sollte man sich mit ihr noch befassen. Gewiß hat nicht jeder Zeitungsleser Zeit und Neigung, alle Anzeigen zu lesen. Die meisten werden sie nur überfliegen und sich mit ihnen nur dann beschäftigen, wenn sie auffallen und interessant oder wichtig erscheinen. Woraus der erfahrene Reklamemensch natürlich die gegebenen Schlüsse zieht; er gestaltet eben seine Inserate auffällig und interessant. Bestimmt lesen wird jeder die Inserate, die ihn aus irgend einem Grunde persönlich angehen. Und da jeder Mensch (wenn auch oft unbewußt) bestimmte Interessen hat, ist nicht daran zu zweifeln, daß jede Art von Inseraten auch ihren Kreis sicherer Leser hat. Der eine wird sich für die Anzeigen der Konzerte, Theater- und Kino-Unternehmungen interessieren, der andere (und in diese Lage kommt jeder Zeitungsleser immer wieder) für eine Sache, die er gerade in diesem Augenblick braucht, sei es, daß er sich ein Automobil kaufen will oder daß er eine Wohnung zu vermieten hat (!), ein dritter sucht Geld, einen Mittagstisch oder eine Lebensgefährtin usw. Und da der Mensch nie zufrieden und immer neugierig ist (die Anwesenden natürlich ausgenommen!), darf man annehmen, daß er in den meisten Fällen die Anzeigen liest.

Hat er nun auch Nutzen von dieser Lektüre? Selbst wenn er keinen unmittelbaren Vorteil davon hätte, so käme ihm der Anzeigenteil schon in einem Maße zugute, von dem nur verschwindend wenig Zeitungsleser einen Begriff haben. Es ist nämlich eine feststehende Tatsache, die hier (mit freundlicher Erlaubnis der Schriftleitung und des Verlags!) ausgeplaudert wird, daß nicht der Leser die Zeitung bezahlt, sondern der Inserent. Wenn das so trocken gesagt wird, könnte es beinahe peinlich berühren. Aber es ist nun einmal so. Der Abonnementspreis — und auch der Einzel-Verkaufspreis — der Zeitung ist so niedrig, daß er bei weitem nicht die Herstellungskosten deckt. Wer nicht in die außerordentlich interessante Technik des Zeitungswesens eingeweiht ist, hat keine Ahnung, welche Unmenge von Arbeit und Kosten in der Zeitung steckt, die so ganz selbstverständlich und ohne viel Aufhebens von sich zu machen, morgens oder abends pünktlich erscheint und uns pflichtgemäß über alles orientiert. Dieses Mißverhältnis zwischen Herstellungskosten und Bezugspreis ist so groß, daß besonders in der Inflationszeit die meisten Zeitungen schwer darunter litten und unzählige daran zugrunde gegangen sind, daß sie wohl viele Leser, aber nicht genügend Inserate hatten. Dem Leser erwachsen daraus nur Vorteile, denn die Einnahmen aus dem Anzeigenteil ermöglichen es der Zeitung, ihm durch Vervollkommnung des redaktionellen Teils zu dienen; die Gefahr, daß der Kreis der Inserenten oder einzelne von ihnen einen Einfluß auf die Redaktion ausüben (wie es im Ausland oft die Regel ist), besteht in Deutschland nicht, denn die Moral der deutschen Presse ist mit verschwindend geringen Ausnahmen hoch über dieser Verdacht erhaben. Und die Auftraggeber der Anzeigen-Abteilung haben auch keinen Nachteil, denn gute Zeitungsinserate machen sich erfahrungsmäßig immer glänzend bezahlt und sind eine verhältnismäßig billige Reklame. Sie verteuern auch — das ist ebenfalls durch Erfahrungen und Untersuchungen bewiesen — nicht die Ware, denn gute Reklame hebt den Umsatz so sehr, daß die Unkosten anteilsmäßig immer geringer werden und der Verkaufspreis sogar durch sie ermäßigt werden kann.

Aber nicht nur mittelbarer Nutzen erwächst dem Zeitungsleser aus den Inseraten. Wie wichtig der Anzeigenteil in vielen und häufig eintretenden besonderen Fällen ist, haben wir bereits oben gesehen. Nicht minder wichtig ist der Inseratenteil zur täglichen Orientierung, besonders für die Hausfrau, die doch immer bestrebt ist, vorteilhaft einzukaufen. Wie könnte sie anders als durch das Studium der Anzeigen erfahren, wo sie das, was sie heute oder morgen braucht, preiswert kaufen kann? So dient das Inserat als wichtiges Werkzeug im freien Wettbewerb der Kräfte allen: dem Leser wie dem Inserenten; es erweist sich auch hierbei wieder die Tatsache, daß gute Reklame ein starker Helfer beim Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft ist.

Der Etat des Reichspräsidenten

Der Etat des Reichspräsidenten für 1930 sieht an fortdauernden Ausgaben 648 000 Mark vor, denen 7000 Mark Einnahmen gegenüberstehen, sodaß ein Zuschuß von 641 000 Mark erforderlich ist. Der Reichspräsident erhält 60 000 Mark Gehalt und neben freier Dienstwohnung 120 000 Mark Aufwandsgelder. Der Reichspräsident erhält weitere Verfügungsmittel in Höhe von 1 Millionen Mark, für deren Verwendung der Reichsfinanzminister die verfassungsmäßige Verantwortung trägt. Von dieser Summe sind 1,3 Millionen für Unterstützungen an ehemalige Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen, sowie 700 000 M. für sonstige laufende und einmalige Zuwendungen veranschlagt. Die Unterstützungen sind bisher nur für Teilnehmer an dem Feldzug von 1870 bis 1871 und an den vor 1870 geführten Kriegen sowie für deren Hinterbliebene bestimmt.

Was kostet der Reichssparkommissar?

Der Reichssparkommissar ist in diesem Jahre den Steuerzahlern billiger geworden. Für seinen Apparat — der Reichssparkommissar selbst bezieht für dieses Nebenamt kein Gehalt — werden im neuen Etat 597 750 Mark angefordert, während die Kosten im Vorjahre 861 200 Mark betrugen. Das Büro des Reichssparkommissars beschäftigt neben vielen Hilfskräften 17 fest angestellte höhere Beamte.

Was der Reichstag kostet

Der Deutsche Reichstag hat im Rahmen des Reichshaushalts seinen eigenen Etat, der in diesem Jahre mit einer Ausgabe von 8 234 350 Mark und einer Einnahme von 30 200 Mark abschließt, so daß ein Zuschuß von 8 204 150 Mark erforderlich ist. Bei den Einnahmen machen die 9000 Mark, die sich als Einnahmen aus der Besichtigung des Reichstagsgebäudes und aus der Kleiderabgabe ergeben, den höchsten Posten aus. Als Vergütung für die Ueberlassung von Räumlichkeiten an Vereine usw. sind nur 3000 Mark in den Etat eingestellt. Für 491 Abgeordnete werden an Aufwandsentschädigung 4 419 000 Mark gezahlt, entsprechend einem monatlichen Diätensatz von 750 Mark für den Abgeordneten. Dazu kommen noch als Tagegelder für Ausschußsitzungen 60 000 Mark. Sehr beträchtlich sind die Kosten, die sich aus den Freifahrscheinen der Abgeordneten ergeben. Dafür wird an die Deutsche Reichsbahngesellschaft eine Pausch-Entschädigung von 1 250 000 Mark gezahlt. Hinzu kommen 15 000 Mark für die beim Durchgangsverkehr nach Ostpreußen notwendigen Reisen auf polnischen Eisenbahnstrecken. Der Reichstagspräsident erhält 36 000 Mark Aufwandsgelder. Unter den einmaligen Ausgaben steht ein Posten von 185 000 Mark für die Herausgabe der Veröffentlichungen des Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruchs. In diesem Jahre sollen nämlich noch etwa 17 Bände vom Werke des Untersuchungsausschusses erscheinen. Für die weitere Ausschmückung des Reichstagsgebäudes und des Präsidentenhauses mit Bildwerken und Malereien sind 15 000 Mark in den Etat eingestellt.

144-Stundenfahrt auf dem Nürburgring

43 Motorräder, davon 30, die zu 10 Fabrikteams gemeldet waren, begannen diesen großen Wettbewerb. Das Ergebnis: drei Fabrikmannschaften beendeten die 144-Stundenfahrt strafpunktfrei, und ebenso weitere 15 Fahrer, die teils als Einzelfahrer gestartet waren, teils zu gesprengten Teams gehörten. Je eine Mannschaft von DKW. (800 Kubikzentimeter Motoren) und von Zündapp (350 Kubikzentimeter Motoren) war siegreich, und zu diesen beiden deutschen Siegermannschaften gesellt sich noch das belgische FN.-Team. Von 15 strafpunktfreien Einzelfahrern und Fahrern gesprengter Teams fuhren 14 deutsche Maschinen. Endergebnis: Große Goldene ADAC.-Medaillen für Teams mit nicht mehr als 40 Strafpunkten: eine Mannschaft von DKW., zwei Zündapp-Mannschaften, je eine Mannschaft von FN. und D.-Rad. Restlos strafpunktfrei je ein Team: DKW., Zündapp, FN. Kleine Goldene ADAC.-Medaillen für Einzelmaschinen mit nicht mehr als 20 Punkten: sechs Zündapp, vier DKW., drei NSU., drei D.-Rad, drei FN., je zwei Triumph und Victoria, je eine Standard, Peugeot, Tornax, Horex und Imperia. Große Silberne ADAC.-Medaille: zwei Ardie. Kleine Silberne ADAC.-Medaille: eine Ardie. Bronzene ADAC.-Medaille: eine NSU.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Vollmer.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw